

## **BGE 63 I 277**

Bundesgericht (BGE), 1937-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_63\\_I\\_277](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_63_I_277)

FR: ATF 63 I 277

IT: DTF 63 I 277

### **Volltext**

276 Staatsrecht. que la LP leur ; assure par ailleurs (RO 28 I 209, 224; 53 I 390). Sans doute, le ; juge n'est-il pas tenn, du point de vue de l'arbitraire, d'interpréter les dispositions légales qui assurent le privilège de l'Etat d'une manière purement restrictive. Peut-être pourrait-il assimiler aux objets dont le prevenu est trouve porteur, lors de son arrestation, ceux qui . sont dans un rapport immediat avec sa personne ; ainsi Ja valise consignée an chemin de fer et dont le pre- venu porte le receptisse. Mais encore faudrait-il que l'interpretation donnée ne ffit pas en contradiction evidente avec le texte legal 6t les intentions du 16gislateur. 3. - En circonscrivant d' nne manière étroite, a l'art. 528 CPP neuch., les cas de confiscation au profit de l'Etat, le legislateur reservait, pour tous les autres cas, l'application de la LP et, partant, les droits des creanciers du prevenu. L'assimilation des « valeurs rentrant au prevenu en cours d'enquete » aux « objets mobiliers, valeurs ou especes dont le prevenu est trouve porteur au moment de son arresta- tion » modifie profondement le sens et la portee de l'art. 528 ; de plus, elle restreint sensiblement les droits des tiers creanciers. En l'espece, l'envoi litigieux n'a eM delivre que bien apres le 21 mars 1937, date de l'incarceration de Gauthier et l'on ne peut evidemment dire que le pli etait, lors de l'arrestation, en rapport immediat avec la personne du prevenu ou, encore moins, que celui-ci en etait porteur. La decision attaquée est donc en contradiction manifeste avec le texte clair de la loi. 4. - Le recours devant, des lors, etre admis, il est inutile d'examiner les autres moyens produits par le recourant. 5. - Vu la nature et la fonction du recours de droit public, la Cour de ceans n'a pas a se prononcer sur les con- clusions qui tendent a la remise de la somme sequestree. Le recourant doit etre renvoye a faire valoir devant les autorites cantonales competentes ses droits eventuels contre le Bureau de recettes. Ausübung der wissenschaftlichen Berufsarten. No 55. 277 Par ces nwti/s, le Tribunal federal admet le recours dans le sens des motifs, annule la deci- sion du President de la Cour d'assises du canton de Neu- chatel du 8 juillet 1937. Vgl. auch Nr. 57. - Voir aussi n° 57. II. AUSOBUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN BERUFSARTEN EXERCICE DES PROFESSIONS LmERALES 55. Urteil vom 19. November 1937 i. S. I. S. gegen Appellationsgericht Basel-Stadt. Einem Anwalt, der auf die Berufsausübung in demjenigen Kanton verzichtet, in welchem er den Fähigkeitsausweis erlangt hatte, darf die Berufsausübung in andern Kantonen im Hinblick auf diesen Verzicht nur verweigert werden, wenn infolge des Verzichts der Fähigkeitsausweis ungültig geworden ist. A. - Der Rekurrent hat im Jahre 1923 das thurgauische Anwaltspatent und im gleichen Jahre die Bewilligung zur Ausübung des Berufes eines Rechtsanwaltes im Kanton Zürich, 1930 im Kanton Basel-Stadt erworben. Am 9. März 1933 entzog ihm das Obergericht des Kantons Thurgau die Berechtigung zur Ausübung seines Be- rufes auf ein Jahr. Den Anlass dazu bot eine Strafunter- suchung wegen Unterschlagung, bezw. Betrug, die unter Kostenaufgabe an S. niedergeschlagen worden war. Die Publikation der Disziplinar massnahme konnte der Re- kurrent dadurch abwenden, dass er erklärte, auf die Aus- übung der Anwaltstätigkeit im

Kanton Thurgau dauernd 278 Staatsrecht. zu verzichten. Das Obergericht nahm von dem Verzicht Kenntnis und teilte ihn den Bezirksgerichten, der Staatskanzlei und dem thurgauischen Anwaltsverband mit. Am 1. Dezember 1933 erklärte das Zürcher Obergericht die Bewilligung zur Ausübung des Anwaltsberufes im Kanton Zürich als dahingefallen, wobei es davon ausging, dass mit dem Erlöschen der Berechtigung zur Berufsausübung in dem Kanton, der den Fähigkeitsausweis ausstellt hat, auch die Voraussetzung der Bewilligung der Berufsausübung im Kanton Zürich dahinfalle. S. hat sich gegen diese Auffassung verwahrt, den Beschluss des Obergerichtes aber nicht angefochten. B. - Am 17. Juli 1937 eröffnete das Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt dem Rekurrenten, dass mit dem Erlöschen der Berechtigung zur Ausübung des Anwaltsberufes im Kanton Thurgau die Voraussetzungen der Bewilligung der Berufsausübung im Kanton Basel-Stadt auf Grund des Artikels 5 der Übergangsbestimmungen zur Bundesverfassung dahingefallen seien. Der Rekurrent erhebt die staatsrechtliche Beschwerde. Er beantragt Aufhebung des Beschlusses des Appellationsgerichtes wegen Verletzung von Art. 5 ÜB. Best. zur BV, eventuell auch von Art. 4 BV. In dem Verzicht auf die Berufsausübung im Kanton Thurgau sei sein Befähigungsausweis nicht erloschen, sein Anwaltspatent nicht aufgehoben worden. Die Berufsbewilligung könne ihm daher in andern Kantonen nicht unter Berufung auf seine Verzichtserklärung im Kanton Thurgau entzogen werden. Das Appellationsgericht beantragt Abweisung der Beschwerde. In einem vorbehaltlosen und dauernden Verzicht auf die Berufsausübung sei der Verzicht auf die aus dem Befähigungsausweis fliessenden Rechte inbegriffen. Im Verfahren vor Bundesgericht ist versucht worden durch eine Anfrage beim Obergericht des Kantons Thurgau abzuklären, ob nach thurgauischem Recht mit dem Entzug des Anwaltspatentes auch der Befähigungsausweis erlösche. Das Obergericht des Kantons Thurgau hat am 10. November 1937 erklärt, dass nach seiner Meinung in dem Verzicht des S. auf die Berufsausübung im Kanton Thurgau ein Verzicht auf den thurgauischen Befähigungsausweis nicht liege. « Die Frage, um deren Beantwortung Sie uns speziell ersuchen, d. h. wie es im Kanton Thurgau gehandhabt werde, wenn ein Anwalt, dem seine Bewilligung zur Ausübung des Anwaltsberufes im Kanton Thurgau aus irgend einem Grunde entzogen worden war, neuerdings um die Erteilung des Patentbeschlusses nachsucht, musste hier unseres Wissens noch nie behandelt werden ; wir sind daher nicht in der Lage, auf Grund einer bestehenden Praxis zu ihr Stellung zu nehmen ». Das Bundesgericht zieht in Erwägung : 1. - Nach Art. 5 der Überg. Best. zur BV sind die Personen, welche von einem Kanton oder einer mehreren Kantone repräsentierenden Konkordatsbehörde einen Fähigkeitsausweis erlangt haben, zur Ausübung ihres Berufes in der ganzen Eidgenossenschaft befähigt. Nimmt man diese Vorschrift wörtlich, dann könnte man dazu kommen, lediglich auf die Tatsache der Erteilung des Ausweises abzustellen und zwar so, dass derjenige, dem er einmal erteilt ist, einen unentziehbaren Anspruch auf Zulassung in allen andern Kantonen hat, ohne Rücksicht darauf, ob der Ausweis später wieder dahinfällt. Diese Auslegung, die übrigens vom Rekurrenten nicht vertreten wird, würde aber offenbar dem Sinn der Vorschrift nicht gerecht. Diese ist vielmehr dahin zu verstehen, dass Personen, welche im Besitz eines gültigen Fähigkeitsausweises sind, ein Recht auf die in Art. 5 der Überg. Best. zur BV vorgesehene Freizügigkeit haben. Ob ein Ausweis gültig ist, hängt vom Recht des ausstellenden Kantons ab. Dieser (oder die allfällige Konkordatsbehörde) bestimmt, ob ein erteilter Ausweis unwiderruflich ist oder ob - und wenn ja, unter welchen Umständen er seine Gültigkeit verlieren kann. So können die Fähigkeitszeugnisse z. B. nur für eine

bestimmte Zeit ausgestellt 280 Staatsrecht. illd deren Ern~uerillg von der Ablegillg einer neuen Prüfung abhäuWg gemacht werden, oder es kann für gewisse Fälle atich der Entzug des Ausweises vorgesehen werden. 2. - Es kommt also darauf an, ob der dem Rekunenten im Kanton Thurgau ausgestellte Befähigillgsausweis noch Geltung hat. Das Obergericht des Kantons Thurgau hat die Anfrage des Bundesgerichtes, ob der thurgauische Befähigillgsausweis unabhängig sei von der Bewilligung zur Berufsausübung im Kanton, nicht grundsätzlich beant- wortet, da eine Praxis hierüber fehle. Dagegen hält es dafür, dass sich die Verzichterklärung des Rekurrenten auf die Berufsausübung im Kanton Thurgau beschränkt habe und einen Verzicht auf den Befähigillgsausweis nicht in sich schliesse. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass der Befähigungsa~weis noch gilt. Dann beruht der Beschluss des Appellationsgerichtes Basel-Stadt, der einzig mit dem Erlöschen des Rechtes zur Berufsausübung . im Kanton Thurgau begründet worden ist, auf der irrümlichen Voraussetzung, dass damit auch der thurgauische Befähigillgsausweis erloschen sei. Der Beschluss ist des- halb aufzuheben. Offen bleibt, ob dem Rekunenten die Bewilligung zur Berufsausübung im Kanton Basel-Stadt aus andern Gründen verweigert werden dürfte (BGE 58 I S. 28 f.). Das Appellationsgericht hat diese Frage weder in der Begründung seines Beschlusses, noch in der Ver- nehmlassillg auf die vorliegende Beschwerde berührt .... Demnack erkennt das Bundesgericht : Die Beschwerde wird gutgeheissen illd der Beschluss des Appellationsgerichtspräsidenten von Basel-Stadt vom 17. Juli 1937 aufgehoben. Vereinsfreiheit. N° 56. III. VEREINSFREIHEIT LffiERTE D'ASSOCIATION 56. E:ltrait cl. l'mlt clu 3 clecembre 1931 dans Ja cause Barraud et consorta 281 contre Loi 118uohätelois. interdisant le particomm11D1stt. L'art. 56 CF pennet aux cantons d'interdire les associations sub- versives (consid. 3). . Le pani communiste peut etre range actuellement au nombre des associations subversives (consid. 4). Le ItJgislaturea pouvoir de prohiber non seulement les associations subversives en general, mais encore telle association particu- lim, lorsque, sans arbitraire, il peut estimer cette mesure necessaire pour atteindre le but qu'il se propose : empecher les mouvements subversifs (consid. 5). Ä. - La loi neuchateloise du 23 fevrier 1937 portant interdiction des organisations communistes ou subversives d6crete que le parti communiste est dangereux pour l'Etat et illegal et lui interdit toute activit6 politique ou autre sur territoire neuchatelois ; le Conseil d'Etat est charge de dissoudre les organisations illicites (art. 1). Elle interdit egalement l'offre, la remise, l'envoi ou la distribution de tous journaux, 6crits, feuilles volantes, manifestes et autre materiel de propagande ayant illl caractere communiste ou subversif (art. 2). L'exercice d'illl mandat public et d'une fonction administrative ou poo.agogique est declare incompatible avec le fait d'l\tre membre du parti commu- niste, d'une organisation qui s'y rattache ou qui s'en ins- pire (art. 3 al. 1). En consequence, l'entree en vigueur de la 10i emporte de plein droit l'annulation des mandats publics attribues ades communistes et la resiliation des rapports de service des fonctionnaires, employes et ouvriers da l'Etat ou des communes, appartenant soit au parti communiste, soit aux organisations qui s'y rattachent ou qui s'en inspirent (art. 3 al. 2). Les personnes qui, sans se

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.